

Antrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

Fachkräftemangel im Handwerk: Unbesetzte Lehrstellen und Situation der Berufsschulen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Erkenntnisse sie über die Zahl der angebotenen, der besetzten sowie der unbesetzten Ausbildungsplätze im Land Baden-Württemberg hat;
2. wie sich nach ihrer Erkenntnis diese Zahlen in den letzten drei Jahren entwickelt haben, differenziert nach Berufen sowie bei den besetzten Ausbildungsplätzen nach Geschlecht der Auszubildenden;
3. welche Gründe sie für diese Entwicklung sieht;
4. wie sich die Anzahl der Berufsschulklassen in Baden-Württemberg in den letzten drei Jahren entwickelt hat (differenziert nach Berufsschulstandorten);
5. wie weit Berufsschüler differenziert nach Berufen in den letzten drei Jahren zur Berufsschule reisen müssen (differenziert nach Entfernungen mehr als 20 km, mehr als 30 km, mehr als 40 km, mehr als 50 km, darüber jeweils unter Angabe der Entfernung);
6. wie hoch die Belastung für Berufsschüler für Anfahrtskosten dabei monatlich ist, insbesondere dann, wenn der Berufsschüler dabei Verkehrsverbundgrenzen überqueren muss;
7. inwieweit sie zwischen der Entfernung zur Berufsschule und der Attraktivität des Ausbildungsplatzes einen Zusammenhang sieht;
8. in welchem Umfang sie plant – differenziert nach Gewerk und Standort der Berufsschule – Berufsschulklassen in den nächsten drei Jahren zu schließen;
9. inwieweit sie solche Schließungsabsichten für förderlich hält für die Deckung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften in Lehrberufen;
10. inwieweit Berichte zutreffen, dass bis 2030 fast die Hälfte der Berufsschullehrer in Baden-Württemberg in Pension gehen (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Berufsschulen);
11. inwieweit sie Maßnahmen ergriffen hat oder zu ergreifen beabsichtigt, um diesem Effekt entgegen zu wirken;
12. wie sie zu den einzelnen Vorschlägen steht, die der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg am 6. September 2018 veröffentlicht und in seiner Pressemitteilung vom 17. September 2018 zusammengefasst hat;

13. welche sonstigen Schritte sie plant, um die duale Ausbildung von der Berufsschule bis zum Meisterbrief wieder so attraktiv zu machen, dass dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann.

11.02.2019

Dr. Schweickert, Hoher, Dr. Rülke, Haußmann, Karrais, Keck, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Die Wirtschaft klagt seit Jahren fortwährend über Fachkräftemangel. Hierbei sind nicht nur Berufsgruppen betroffen, die ein Studium als Eingangsqualifikation voraussetzen, sondern auch solche, bei denen eine duale Berufsausbildung erforderlich ist. Gleichzeitig bleiben Jahr für Jahr Ausbildungsplätze in zahlreichen Gewerken unbesetzt. Es stellt sich die Frage, warum das so ist und was getan werden kann, um diese Fehlentwicklung umzukehren.

Nach einer Meldung im Staatsanzeiger vom 2. November 2018, Seite 15 werden bis 2030 fast die Hälfte der Berufsschullehrer in Pension gehen. Dieser Entwicklung muss rechtzeitig entgegengesteuert werden; um auch nach 2030 noch in der Lage zu sein, Fachkräfte im Handwerk mit dem gewohnt hohen Niveau auszubilden. Nachdem die baden-württembergischen Schülerleistungen an den allgemeinbildenden Schulen in der Regierungszeit des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann von Spitzenplätzen ins hintere Mittelfeld abgerutscht sind, muss Vergleichbares bei den beruflichen Schulen unbedingt verhindert werden. Dazu ist allererste Voraussetzung eine ausreichende Unterrichtsversorgung.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den von der FDP/DVP-Fraktion mit Drucksache 16/5290 eingebrachten Gesetzentwurf zur beruflichen Realschule, der zum Ziel hat, den Berufsschulen ausreichend interessierte Schüler zuzuführen, indem man die Schüler schon frühzeitig an die Berufsschulen heranführt und ihnen Einblicke gewährt, um eine für sie optimale Berufswahl rechtzeitig und fundiert treffen zu können.